

DIE RATIONALE SEITE DER DIGITALISIERUNG?

Die bis hierhin aufgenommenen und weitergesponnenen zahlreichen Fäden sollen nun zusammengeführt werden.

Begonnen habe ich mit einer Beschreibung, wie sich aus der Digitalisierung die Datafizierung entwickelt, die das eigentliche strukturierende Kennzeichen der digitalen Transformation darstellt. Die Datafizierung liefert den Rohstoff für den Datenhandel, der die Basis dessen ist, was heute als Plattformökonomie bezeichnet wird. In der Plattformökonomie geht es nicht mehr primär um Produktion und Distribution, sondern um die Organisation von Märkten. Durch ihre monopolartige Position sind die großen Internetkonzerne in der Lage proprietäre Märkte zu einem eigenen sozial-ökonomischen »Ökosystem« (Staab 2020) auszubauen, deren Teilnehmer über »Lock-in Strategien« an das System gebunden werden. Diese Konzerne ziehen damit einen Bereich in die kapitalistische Verwertungslogik hinein, dessen Organisation bislang eine der letzten Domänen des Staates war: die Märkte selbst. In Punkto Jahresumsatz und liquide Mittel reichen die Volumina – und damit auch die Handlungsspielräume – dieser Akteure an jene bedeutender Staaten heran.

Aus diesen knapp formulierten Parametern ergibt sich die technische und die politökonomische Grundstruktur der digitalen Gesellschaft. Dem stehen in den westlichen Ländern klassische Akteure wie der Rechtsstaat, die parlamentarische Demokratie, und ein derzeit noch weitgehend staatlich organisiertes Bildungswesen gegenüber. Die Organisation der medialen Öffentlichkeit gerät hingegen zunehmend in den Sog der Verwertungslogik des digitalen Kapitalismus. Filterblasen, Microtargetting und Clickbaiting sind die modischen Schlagwörter zu diesem Phänomen (siehe S. 32). Die vor rund zehn Jahren eingestellten Anstrengungen von Google und Microsoft, mit den Projekten Microsoft Encarta und Google Knol ein Konkurrenzprojekt zur Wikipedia zu lancieren, können dieser Logik zugeordnet werden. Sie scheiterten unter anderem, weil die Monopolstellung der Wikipedia nicht

mehr zu brechen war. Google entschloss sich stattdessen auf die Wikipedia zu verlinken, was zu einem zentralen Popularitätsfaktor der Online-Enzyklopädie wurde. Kernelement der auf Datenverwertung beruhenden Plattformökonomie ist – im Gegensatz zur Wikipedia – eine asymmetrische Transparenz, die über die Geheimhaltung der datenverarbeitenden Algorithmen und die private Aneignung der Userdaten gesichert wird.

FREEWARE

Die Wikipedia hat nicht nur den Kampfbegriff der »proprietären Software« von der Free-Software-Bewegung übernommen, sie hat sich in einem auf Monopole ausgerichteten Markt auch erfolgreich gegen die oben genannten Modelle globaler digitaler Wissensproduktion durchgesetzt. Sie hat mit der Inkorporierung der freien GNU-Lizenz von Richard Stallman im Herzen ihres Systems, der viralen Logik einer Freisetzung von urheberrechtlich schützbarem Material erheblichen Vorschub geleistet. Sie hat mit der bedingungslos transparenten Veröffentlichung und Konservierung sämtlicher Schritte der Produktion und Diskussion des auf der Plattform dargebotenen Wissens ein klares und erfolgreiches Signal gegen die Einziehung digitaler »peer production« in die wirtschaftliche Profitlogik gesetzt. Damit hat sie auch ein Gegenmodell zur marktformig organisierten Plattformökonomie etabliert. Auf der anderen Seite ist durch die Wikipedia ein beeindruckendes, jederzeit öffentlich zugängliches und jedweder Forschung offenstehendes Archiv entstanden, in dem jeder Argumentationsschritt und jeder Diskussionsbeitrag auf dem Weg zur globalen Wissensproduktion für die Nachwelt aufgezeichnet wird. Kurz, die Wikipedia hat verhindert, dass solches Wissen zu einer Ware wird, aus der sich Profit schlagen lässt – ein Schicksal, das Karl Marx für alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens in der bürgerlichen Gesellschaft vorhergesagt hatte.

Auch wenn es fehl am Platz wäre, das Modell der Wikipedia zu glorifizieren, so darf man diesen politischen Beitrag nicht unterschätzen. Ihre wesentliche Leistung besteht wohl darin, dass sie in der vorherrschenden und sich zunehmend durchsetzenden Verwertungslogik digitaler Plattformökonomie mit ihrem entgegengesetzten Modell bis heute überlebt hat. Wir wissen nicht, wie ein marktformiges Konzept monopolartigen globalen Wissens konkret aussehen würde, aber vermutlich würden wir heute dessen Produktionsbe-

dingungen nicht einmal erforschen können, so wie es keine fruchtbare Forschung zu Produktionslogik und Datenverwertung von Facebook, Google Maps, Uber, Airbnb und so weiter gibt, einfach weil die digitalen Fabrikhallen der Forschung nicht offenstehen, weil die zugrundeliegenden Quellcodes der strengsten Geheimhaltung unterliegen und in diesem Bereich die härtesten Stillschweigeabkommen formuliert werden.

Die Wikipedia hat sich damit der modernen, über Privateigentum an allem, was sich nur profitabel verwerten lässt – und seien es auch Daten – vermittelten Form der Herrschaft entgegengestellt.

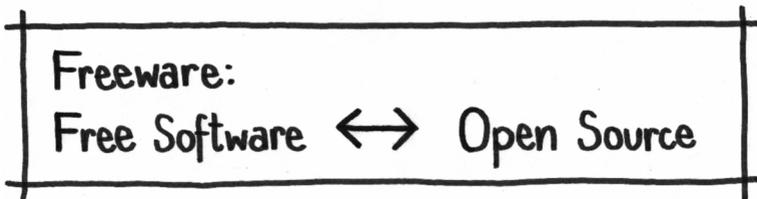


Abb. 19

Die Online-Enzyklopädie stellt auf der Ebene des *Produktes* nicht nur allgemein verfügbares, offenes – das heißt erweiterbares, modifizierbares und bearbeitbares – Wissen zur Verfügung und hat somit die Ziele der Open-Source-Bewegung erfolgreich umgesetzt. Sie hat zugleich auf der Ebene des *Prozesses* eine unabhängige Community etabliert, deren Diskussionen die Herzkammer der Wissensproduktion darstellen, und damit auch einen guten Teil der Forderungen der Free-Software-Bewegung umgesetzt. So geht die Wikipedia nicht nur aus einer politischen Bewegung hervor, sie verfolgt auch eine politische Mission.

POLITIK

Wie verträgt sich dies aber mit der klaren Absage an alle, die versuchen eine politische Mission in der Wikipedia unterzubringen? Der Gründer Jimmy Wales positioniert sich hier doppeldeutig. Obwohl er die Online-Enzyklopädie in der Free-Software-Bewegung verankert sieht, stellt er doch in Bezug auf die politische Message klar: Die Wikipedia ist kein politisches Projekt. Er begründet dies mit einem eng gefassten Politikbegriff, den er nicht über

den schmalen Rahmen der Regierungspolitik ausdehnen will. Das ist in seiner Rolle nachvollziehbar, wäre der Anspruch auf Neutralität und allgemeine Gültigkeit doch sofort gefährdet, wenn er es anders darstellen würde.

Dennoch tritt Jimmy Wales auf der Weltbühne als Vertreter einer politischen Mission auf: Er glaubt, dass die Wikipedia gegen Kriege hilft, er kämpft gegen Zensur in China und im Übrigen auch gegen europäische Bemühungen zur Regulierung des Digitalmarktes – hier Seite an Seite mit Google und Apple. Dass Wales durch seinen eingeschränkten Politikbegriff dieses nicht als Politik bezeichnen muss, ist mehr als ein rhetorischer Trick. Es ist eine Doppeldeutigkeit, die im NEUTRALEN STANDPUNKT und der ganzen Anlage der Wikipedia eingelassen ist. Selbstverständlich vertritt die Wikipedia politische Werte, die wir als die Werte der Aufklärung oder als liberale Werte der Selbstbestimmung bezeichnen können. Das oberste Ziel, das mit der Online-Enzyklopädie verfolgt wird, ist, dass die Leserin sich ein eigenes Bild machen kann, ist Mündigkeit. Dieser Politikbegriff wendet sich gegen Bevormundung, er ist in diesem Sinn herrschaftskritisch, bewegt sich aber jenseits eines parteipolitischen Politikbegriffs. Er ist die Existenzbedingung der Wikipedia. Ich bezeichne ihn daher als Metapolitik. Wir können also einen doppelten Politikbegriff erkennen: (siehe Abbildung 20).

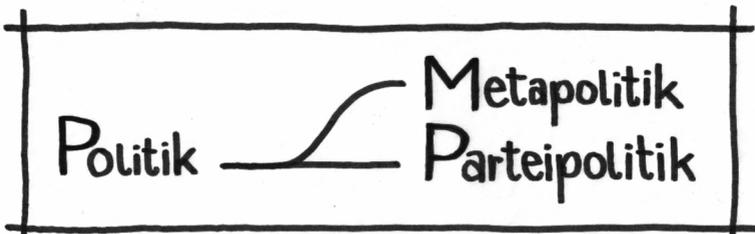


Abb. 20

NEUTRAL POINT OF VIEW

Dieser metapolitische Standpunkt bildet sich im NEUTRAL POINT OF VIEW ab. Die Grundregel lautet hier: Standpunkte sind nicht einzunehmen, sondern darzustellen. Diese Darstellung verschiedener Standpunkte zielt auf mündige Leserinnen, die in die Lage versetzt werden sollen, sich ein eigenes Urteil zu bilden. Allerdings löst diese Figur nicht alle Probleme, wie wir gesehen ha-

ben. Zum einen bleibt die Frage, ob in diesen aufklärerischen Werten nicht vor allem westliche oder bürgerliche oder männliche Werte – und darin versteckt auch Interessen – abgebildet sind, es bleibt aber auch die Frage, ob ein wissenschaftlicher Standpunkt ein Standpunkt unter vielen ist und als solcher behandelt werden soll oder ob ›Wissenschaft‹ nicht vielmehr eine Verkörperung jener aufklärerischen Werte darstellt und somit eine Schiedsrichterrolle einnehmen kann.

Aus Sicht der Diskurstheorie löst sich die harte Dichotomie zwischen wissenschaftlichem und anderem Wissen auf, sofern wir nicht von den Erkenntnissen experimenteller Naturwissenschaft sprechen. Wenn wir mit der Diskurstheorie Wahrheit an der Geltung von Aussagen und nicht von Sätzen festmachen, also von Argumentationen als Sprechakt und nicht von deduktiven Zusammenhängen zwischen Argumenten sprechen (siehe S. 277), dann liefert die Wissenschaft wertvolles, gut belegtes Material für Argumentationen, verfügt aber nicht über externe Geltungskriterien, anhand derer sie über die gesellschaftliche Bedeutung der Erkenntnisse entscheiden könnte.

Beschäftigen wir uns aber zunächst mit der Grundfigur des NEUTRALEN STANDPUNKTES. Ein ›neutraler Standpunkt‹ ist nicht nur ein Oxymoron. Standpunkte darzustellen, ohne sie einzunehmen, beschreibt auch einen Zirkel, wie zahlreiche Untersuchungen zur Wikipedia zeigen: Natürlich ist es eine sinnvolle Übung, Positionen nicht einfach zu vertreten, sondern die verschiedenen Positionen in ihrer Unterschiedlichkeit darzustellen. Aber man kann auch einen Standpunkt einnehmen, *indem* man die verschiedenen darstellt: durch Gewichtung, Rahmung, Einklammerung, Bebilderung, Gliederung, Ordnung und so weiter. Die Techniken sind zahlreich und werden auch vielfältig, mehr oder weniger bewusst, in der Wikipedia eingesetzt. Solche Techniken werden aber immer dann sichtbar und damit einer rationalen Argumentation zugeführt, wenn Akteure mit einer anderen Sichtweise darauf aufmerksam werden. In der Regel sind diejenigen, die eine andere Position vertreten, am geschultesten, diese subtilen Mechanismen der Darstellung aufzudecken – aus einem ganz einfachen Grund: weil sie selbst es anders dargestellt hätten. Ich nenne das Verfahren, einen Standpunkt einzunehmen, *indem* man andere Standpunkte darstellt, ›Metastandpunkt‹. In einen solchen Metastandpunkt sind die eigenen Interessen subtil in allgemeine, aufklärerische Werte eingelassen. Hier zeigt sich, dass auch die Schiedsrichterrolle geeignet ist, einen Standpunkt unterschwellig zu vertreten. Im Metastandpunkt werden die subtilen Regeln des Diskurses festgelegt, deren

Herrschaftsmechanismen auf die Spur zu kommen Foucaults Anliegen war. Und der Metastandpunkt ist es, der durch die bürokratischen Regeln der Wikipedia nicht mehr kritisch kontrolliert werden kann. Um einen solchen zu kritisieren, braucht es eine real existierende, möglichst heterogene Community. Das Oxymoron löst sich auf, wenn man den NEUTRALEN STANDPUNKT als eine Zusammenschau und ein Zusammenwirken der verschiedenen Standpunkte sieht, also als Community-Prozess begreift.

Vermutlich hätte auch Jimmy Wales den funktionierenden Community-Prozess als Antwort auf die Frage nach den versteckten Interessen in den aufklärerischen Werten ins Feld geführt. Weniger die aufklärerischen Werte oder die Wissenschaft stehen über den Standpunkten, sondern der diskursive Prozess selbst und seine formalen Bedingungen, die Zugänglichkeit, die Abwesenheit von Machtmitteln, mit deren Hilfe über inhaltliche Fragen entschieden werden kann, die prinzipielle Revidierbarkeit aller Inhalte.



Abb. 21

RATIONALITÄT ZWISCHEN PRODUKT UND PROZESS

Wir haben gesehen, dass Wales in seinem Eingangsstatement zum NEUTRAL POINT OF VIEW Rationalität bei Diskussionspartnern voraussetzt. Aber was ist Rationalität? Oder gibt es viele Rationalitäten? Sind diese dann Standpunkte? Dann können sie nicht vorausgesetzt werden, um anschließend darüber zu diskutieren. Man findet in den Wikipedia-Regeln diesbezüglich keine besonderen Erläuterungen. Rationalität wird – abgesehen von Wales' Hinweis – nicht weiter thematisiert. Lediglich in der englischsprachigen Wikipedia gibt es in den Erklärungen zum Konsensbildungsprozess Hinweise auf Argumente und damit implizit auf Rationalität.

In der Argumentationstheorie tauchen verschiedene Konzepte einer feldspezifischen (Toulmin), einer weltenspezifischen (Habermas), einer uni-

versalen oder einer pluralistischen Rationalität auf. Letztere Position könnte man vermutlich Fullers Variante der Social Epistemology zuschreiben. Manche Autoren (Lumer, Goldman) lösen das Problem, indem sie externe, das heißt außerhalb der Argumentation oder des Diskurses liegende Geltungskriterien einführen oder fordern. Solche würden dann von einer anderen gesellschaftlichen Institution, zum Beispiel der Wissenschaft, produziert. Der Diskurs würde von hier seine Argumente beziehen, aber im Diskurs selbst fände keine Geltungsprüfung statt.

Welchen Weg hat hier nun die Wikipedia gewählt? Einen Hinweis finden wir in den englischen RICHTLINIEN zum Konsensbildungsprozess: »Editors open a section on the associated talk page and try to work out the dispute through discussion, using reasons based in policy, sources, and common sense«³²¹.

Die zulässigen Gründe für eine Argumentation werden der Reihe nach in den RICHTLINIEN, den Quellen und im Common Sense gesucht. Die Orientierung an den RICHTLINIEN könnte man als Analogon zu Toulmins feldspezifischen Rationalitätskriterien (»criteria«) sehen. Rational in einem universalistischen Sinn wäre nur die *Form* der Argumentation. In der Praxis zeigt sich, dass häufig dann, wenn eine Entscheidung mit Hilfe einer RICHTLINIE nicht getroffen werden kann, entweder auf die Quellen – was meist bedeutet: auf die Wissenschaft – oder auf den Common Sense Bezug genommen wird. Dies ist gewiss themenabhängig. Quellen oder die Wissenschaft helfen auch nicht über Darstellungsfragen zu entscheiden, wenn es gilt, sich widersprechende Positionen zu präsentieren. Auch der Begriff ›Common Sense‹ verweist zunächst nur auf denjenigen der jeweils herrschenden Kultur. Wo er nicht vorhanden ist, muss nach tieferliegenden Common-Sense-Elementen gesucht werden, aus denen heraus sich eine Position begründen lässt. ›Common Sense‹ bezieht sich dann auf die Konsensbildungsprozesse der Community – ›Quellen‹ hingegen auf externe Geltungskriterien, beispielsweise in der Wissenschaft.

Diese beiden Pole lassen sich auch als Prozess- und Produktorientierung formulieren. Sie zeigten sich schon in den ersten unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen der Gründer (siehe S. 108) bilden sich sowohl in der wissenschaftlichen Evaluation (siehe S. 177) als auch in unterschiedlichen Modellen der deutschen und der englischen Sprachversion der Online-Enzyklopädie ab, und finden sich ebenso in den Varianten der Argumentationstheorie. Dieses Spannungsfeld verweist auf ein gegenseitiges

321 <https://en.wikipedia.org/w/index.php?title=Wikipedia:Consensus&oldid=1143225793>

Abhängigkeitsverhältnis, gibt es doch keinen Prozess ohne Produkt, keine Community ohne Enzyklopädie. Die Enzyklopädie ist die Raison d'être der Community, sie gibt ihr Ziel und Inhalt. Ebenso gibt es in der Diskurstheorie keine Rationalität ohne logischen oder zumindest vorübergehend geteilten Fluchtpunkt. Aber der Prozess ist das Entscheidende. Ohne ihn wäre alles nichts. Es gibt kein logisches Verfahren, welches das Ergebnis vorwegnehmen könnte, keine monologische Reflexion, die das Ergebnis des dialogischen Verfahrens antizipieren könnte. Der Diskurs muss faktisch durchgeführt werden, die Community muss real organisiert werden. Und sie muss hinreichend groß und heterogen zusammengesetzt sein, um belastbare Ergebnisse produzieren zu können.

Die Verschränkung von Prozess und Produkt verweist zudem auf die Beziehung von Kultur oder Lebenswelt und Argumentation, wie sie für die Argumentationstheorien aber auch in den Diskurstheorien Habermas'scher Provenienz von Bedeutung ist. Ein zentrales Scharnier der bürokratischen Regeln der Wikipedia ist die Diskriminierung zwischen anerkannten und fraglichen Fakten: »Avoid stating seriously contested assertions as facts. Avoid stating facts as opinions.«³²² heißt es in den aktuellen RICHTLINIEN der englischsprachigen Wikipedia. Anerkannte Fakten entsprechen der Lebenswelt, wenn wir argumentieren, haben wir sie im Rücken. Sie bilden das Fundament, auf dessen Basis wir Fragliches mit Hilfe von Geltendem in Geltendes überführen können: die Grundoperation jeder Argumentation. Fragliches ist im Rahmen der bürokratischen Wikipedia-RICHTLINIEN durch Adressierung zu bearbeiten. Aber die Frage, was als fraglich und was als fraglos geltend anzusehen ist, verweist bereits auf den Metastandpunkt, ihre Beantwortung ist häufig relativ zur jeweiligen Kultur und auch zur Zusammensetzung der jeweiligen Wikipedia-Community. Es ist eine Frage, die diskutiert werden muss, wie wir am Beispiel der Paralympics gesehen haben (siehe S. 166 ff.).

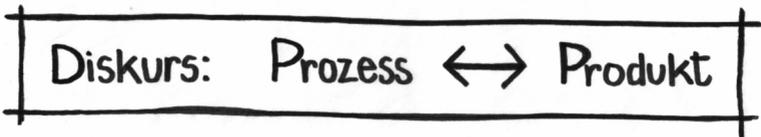


Abb. 22

322 https://en.wikipedia.org/w/index.php?title=Wikipedia:Neutral_point_of_view&oldid=1154537496

ENTSCHEIDUNGSPROZEDUREN

Diese Pattsituation oder Balance verweist auf den Diskurs als *Prozedur*. Der NEUTRAL POINT OF VIEW ist eher eine Hilfestellung, um die Community zum Laufen zu bringen, als eine erkenntnistheoretische Prämisse (was auch problematisch wäre, da es alle aus der Community ausschließen würde, die dieser Prämisse nicht folgen wollen). Damit ist der NEUTRAL POINT OF VIEW prädestiniert, als Leitstern für eine Prozedur zu fungieren. Das prozedurale Verfahren, das in der Wikipedia – mit leicht unterschiedlichen sprachspezifischen Variationen – angelegt ist, scheint deutlich auf eine feldspezifische Rationalität zu verweisen. Die Regeln und RICHTLINIEN geben detailliert an, anhand welcher Kriterien zu argumentieren ist. Wie in jeder Institution, die ein gewisses Alter erreicht hat, bildet sich diese spezifische Rationalität in allerhand Abkürzungen (tatsächlichen und sprachlichen) ab. Die in Teil I erwähnten Listen, die Teil der digitalen Architektur sind (siehe S. 67), stellen solche tatsächlichen Abkürzungen dar; die argumentativen Abkürzungen, die mitunter nur als »siehe WP:KTF« oder »beachte WP:NK« auftauchen, sind das sprachliche Gegenstück. Stellen also die RICHTLINIEN die Rationalitätskriterien der Argumentationen in der Wikipedia dar? Handelt es sich hierbei bereits um das, was Toulmin als feldspezifische Kriterien einer Argumentation benannt hat?

Toulmin spricht von den zugrundeliegenden Zielen der verschiedenen Unternehmungen, die sich in den Argumentationen widerspiegeln. Das Ziel der Wikipedia, ihr Sinn, wird in den RICHTLINIEN zum Ausdruck gebracht, kann aber nicht mit ihnen identisch sein. Man sieht dies schon daran, dass zwischen dem Sinn einer Regel und ihrem Buchstaben unterschieden wird. Der Sinn einer Regel bildet den Fluchtpunkt am Horizont, in Bezug auf den die Regeln zu interpretieren sind. Er gibt Orientierung bei der täglichen Arbeit adäquater Regelanwendung. Hier verhält es sich tatsächlich analog zur Jurisprudenz. Klare Fälle können nach dem Buchstaben relativ formal abgearbeitet werden (und dies wird in absehbarer Zukunft KI übernehmen, vermutlich vor Gericht ebenso wie in der Wikipedia³²³). Die strittigen Fälle laden

323 In vielen Bereichen zeichnet sich eine Entwicklung ab, dass KI für viele intellektuelle Routineaufgaben eingesetzt werden wird, während oberhalb dieses Niveaus ein kreativanspruchsvoller Bereich erhalten oder ausgebaut wird, dessen Bearbeitung menschlichen Subjekten vorbehalten bleibt. Die Aufteilung in KI-fähige und nicht KI-fähige

die Richterin zu einer Entscheidung ein. Ihr ist die Kompetenz dazu gegeben, dies allein vorzunehmen, sofern es sich nicht um ein Schöffengericht handelt. Eine analoge Aufgabe übernimmt der infinite Diskurs der Wikipedia. Der offene Prozess bekommt formal für den Diskurs die Funktion der Richterin (siehe S. 320). Er garantiert im Sinne von Alexys Diskursbegriff, dass die Erkenntnisproduktion eine Spielbedingung bleibt und nicht zu einer bloßen Erfolgsbedingung wird. Damit bleibt der Diskurs in der Wikipedia primär auf kollektive Wahrheitssuche bezogen, auch dann, wenn einzelne Akteure ihn strategisch für sich nutzen. Offenheit der Community, Transparenz aller Vorgänge und Reversibilität der Inhalte garantieren – zusammen mit der Abwesenheit machtgeladener Positionen, deren Inhaberinnen über Inhalte entscheiden könnten – dass eine strategische Instrumentalisierung des Prozesses keinen dauerhaften Bestand haben kann. Intrinsische Eigenschaften der Akteure werden in diesem Diskursverständnis vorausgesetzt – nicht im Sinne einer Zugangsbeschränkung, sondern im Sinne einer Präsupposition. Der Community-Prozess ist dann auch ein Bildungsprozess der Akteure, der in den Spielbedingungen angelegt ist (siehe S. 316).

Die Frage, ob die Wikipedia einem an universalen oder an feldspezifischer Rationalität ausgerichteten Diskurs folgt, spaltet sich im Diskursmodell der Online-Enzyklopädie auf wie im Rechtssystem. Dem spezifischen rechtspositivistischen Diskurs vor Gericht ist ein rechtsphilosophischer logisch übergeordnet. Letzterer transzendiert den eng gesteckten Rahmen der Gesetze. Ersterem entspricht in der Wikipedia das, was Tkacz als weberianische Bürokratie bezeichnet. Die Online-Enzyklopädie hat mit ihren Regeln eine Bürokratie geschaffen, mit der sie ihre eigene Wahrheit als Abbild der äußeren Wahrheit erzeugt – ohne sich an den Wahrheitskämpfen der Welt draußen beteiligen zu müssen. Diese Bürokratie führt zuweilen zu scholastischen Debatten. Sie ist geschaffen, um die unterschiedlichen Voraussetzungen der Autorinnen, das unterschiedliche Niveau, nicht zu einem Problem werden zu lassen. Die Voraussetzungen entsprechen vielleicht dem Niveau eines »undergraduate students« (Fuller). Die Bürokratie unterfordert aber mitunter auch die WIKIPEDIANER und nagt an den Motivationsressourcen. Auf einer darüber liegenden Ebene finden wir das notwendige Durchgreifen von der inneren Wikipedia-Welt auf die Diskurse außerhalb. Dieser Ebene

Aufgaben verlief vielleicht entlang der Grenze, die ich zwischen der von Tkacz beschriebenen weberianischen Bürokratie und einer allgemeinen Rationalität gezogen habe.

entspricht die rechtsphilosophische Debatte in der Jurisprudenz. Einzig sind die Personen, die diese Diskussion führen, nicht durch eigene Rollen unterschieden. Das kommt einem auf Verallgemeinerbarkeit der Rollen setzenden Diskursmodell nahe, das keine Metadiskurse und keine privilegierten Diskursteilnehmerinnen kennt. Der Fokus liegt auf der Qualität und dem Charakter der Argumente, nicht auf den Personen.

Immer wenn es um Fragen des Metastandpunkts geht und andere Grenzen der RICHTLINIEN erreicht werden, muss ein Diskurs geführt werden, der sich an den Wahrheitskämpfen der Welt da draußen beteiligt. Dieser kann nur inhaltlich ausgefochten werden. Er überschreitet die Bürokratie und die scholastischen Diskussionen.

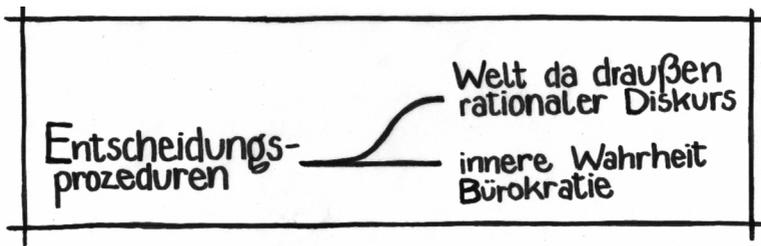


Abb. 23

LEGITIMATION

Die Wissenssoziologie hat in zahllosen Forschungen nachgewiesen, wie Faktendarstellungen und normative Präferenzen ein unauflösliches Amalgam eingehen und damit zu einer Legitimierung beitragen. Auch die Forschungen zu den Diskussionen um den NEUTRAL POINT OF VIEW können dies bestätigen. Aber die Wissenssoziologie enthält sich einer eigenen Stellungnahme in Bezug auf Geltung oder Gültigkeit und delegiert diese an die Philosophie. Sie untersucht die legitimierende Funktion von Weltbildern, schweigt aber zu der Frage, ob diese auch legitim sind.

Das beschriebene Amalgam, das auch der Diskurs vor Gericht kennt, ist für mich Anlass, den Wikipedia-Diskurs dem normativen Diskurs zuzuschlagen. Daraus ergibt sich die Aufgabe, die normativen Aspekte einer Faktendarstellung herauszuarbeiten, zu isolieren und als normative Fragen zu diskutieren. Wir haben aber in der Forschung gesehen, dass ein solches

Herauspräparieren der normativen Aspekte in den Wikipedia-Diskussionen bereits geschieht. Es ist nicht Aufgabe der Forschung, dies stellvertretend zu erledigen. Insofern ist der Wikipedia-Diskurs ein normativer Diskurs und muss nicht zu einem erklärt werden.

Die Wissenssoziologie kann aber vor dem Hintergrund ihres reichhaltigen Erfahrungsschatzes aus der Forschung wertvolle Unterstützung bei der Aufdeckung der verschiedenen Mechanismen, normative Aussagen als Fakten darzustellen, leisten. Die englischsprachige Wikipedia behandelt dies unter dem Titel des ›narrative bias‹, der einem ›selective bias‹ gegenübersteht. Der ›narrative bias‹ verweist einerseits auf den Metastandpunkt, andererseits auf das Verhältnis von Narration und Argumentation. Deppermann hat den argumentativen Aufbau von Narrationen hervorgehoben. In der Wikipedia gibt es jedoch einen formalen Unterschied zwischen Narration und Argumentation, der sich in den verschiedenen Bereichen der Online-Enzyklopädie manifestiert: Am Frontend, auf den ARTIKELSEITEN, auf denen es nur eine Version zu jedem Artikel geben kann, finden wir die jeweils gerade gültige Geschichte, eine (möglichst) einheitliche, kohärente und widerspruchsfreie Darstellung der Realität (Phillips 2016). Hier wird die Illusion einer stimmigen und eindeutigen Narration erzeugt (Barthes 1967). Dies ist Legitimation im Berger/Luckmann'schen Sinn. Aber die Wikipedia darf gemäß ihren eigenen Statuten sich selbst nicht als Referenz verwenden, sie darf sich selbst nicht zirkulär zur Lebenswelt werden, auf deren Fundament zu argumentieren ist, wenn wir es diskurstheoretisch ausdrücken wollen. Am Backend, auf den DISKUSSIONSEITEN hingegen, die Phillips mit den Fußnoten der Historiker verglichen hat, findet Argumentation in expliziter Weise statt. Dies ist der Ort, an dem in Frage gestellt und begründet wird. Hier ist die Wikipedia pluralistisch und hier wird Legitimation angezweifelt, wenn sie der Herrschaftslegitimation dient. Hier wird die Grenze zwischen dem Selbstverständlichen und dem Fraglichen, das heißt dem zu Begründenden (oder zu Belegendem) verhandelt (siehe S. 168 f.). So wäre zumindest der Anspruch einer diskurstheoretisch auf den Begriff gebrachten Wikipedia.

Wenn wir mit der Diskurstheorie Herrschaft und Vernunft als Oppositionspaar gegenüberstellen, erscheint in der Form des Diskurses und seiner grundlegenden Prämisse, dem – wie auch immer fiktiven – Anspruch auf allgemeine Gültigkeit, zugleich das Modell einer Kritik illegitimer Herrschaft. Seine konkrete Bedeutung erhält dieses nur im faktisch stattfindenden Diskurs.

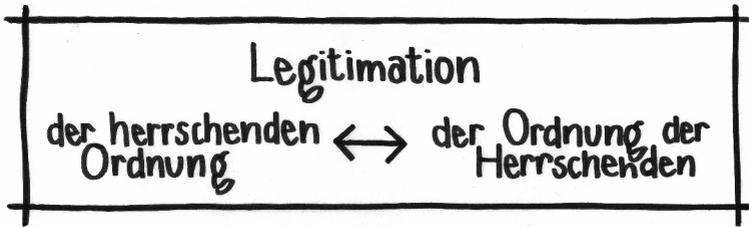


Abb. 24

